

Die Antragskommission ist der Meinung, daß die Hauptaufgabe gegenwärtig darin besteht, alle Parteimitglieder im Geiste der materialistischen Weltanschauung zu erziehen, damit sie auf der wissenschaftlichen Grundlage des Marxismus-Leninismus die Überreste der bürgerlichen idealistischen Ideologie überwinden, sich von anderen weltanschaulichen Bindungen lösen und für die Erziehung ihrer Kinder ohne Aberglauben sorgen können. Dabei wird den Parteiorganisationen die konsequente Durchsetzung der im Referat des Genossen Walter Ulbricht aufgestellten sozialistischen Moralgesetze eine große Hilfe sein. Dadurch wird auch vermieden, daß die in den genannten Anträgen erhobenen Forderungen ausschließlich mit administrativen Mitteln verwirklicht werden. Die Anträge sind daher abzulehnen.

Eine Gruppe von Anträgen beschäftigt sich mit der Ausbildung und der Ausrüstung der Kampfgruppen. Aus den Ausführungen, die Genosse Honecker gestern zu diesem Thema gemacht hat, haben die Delegierten entnommen, daß Maßnahmen zur Erhöhung der Schlagkraft der Kampfgruppen bereits in der Durchführung begriffen sind, so daß die dazu gestellten Anträge als erledigt angesehen werden können. Die Antragskommission empfiehlt dem Parteitag aber, den Anträgen seine ausdrückliche Zustimmung zu geben, die eine feierliche Verpflichtung der Kampfgruppen und ihrer Mitglieder auf die Fahne der Arbeiterklasse fordern.

In der Gruppe der Anträge, die sich mit Fragen der Wirtschaft und der Arbeit der Organe der Staatsmacht beschäftigen, gibt es eine größere Anzahl, die bereits durch Beschlüsse von Partei und Regierung erledigt sind oder auf örtlicher Ebene erledigt werden müssen. Die Antragskommission empfiehlt dem Parteitag, alle diese Anträge dem Zentralkomitee zur Beantwortung durch seine Fachabteilungen zu überweisen. Bei der Beantwortung ist den Antragstellern der entsprechende Beschluß der zentralen Partei- und Staatsorgane mitzuteilen; die Fundquellen sind anzugeben.

Der weitaus größte Teil aller Anträge, die sich mit Fragen der Wirtschaft und solchen des Staates beschäftigen, haben ihre grundsätzliche Beantwortung durch das Referat des Genossen Walter Ulbricht zu Punkt 2 der Tagesordnung unseres Parteitages oder ihre Erledigung durch den eben gefaßten Beschluß des Parteitages gefunden.